
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 10 (1982)

DOI: 10.11588/fr.1982.0.51227

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

(S. 427): »Insofern war die »Antipatriotismus«-Kampagne der Clemencisten und des Oberkommandos eine antizipierende Reaktion auf die allgemeine strategisch-militärische Situation, was jedoch deren taktisch-voluntaristische Komponente und (bei den Senatoren jedenfalls) die rüstungsindustrielle Interessenbasis nicht verdecken kann.«

Clemenceau und schlimmer noch die »Clemencisten« werden natürlich äußerst negativ gesehen. Doch auch hier überrascht die Kurzsichtigkeit oder genauer das unhistorisch-politische Engagement, das die Haltung Clemenceaus und seinen Kampf gegen Malvy primär als Maßnahmen der Unterdrückung der Arbeiterorganisationen betrachtet, während Malvy dementsprechend eine »Integrationspolitik« verfolgt habe, was in dieser Form sicher nicht stimmt. Die Larmoyanz gegenüber der Linksopposition läßt völlig außer acht, daß es doch vor allem darum ging, den Krieg zu gewinnen und damit die geschichtliche Kontinuität und nationale Unabhängigkeit zu bewahren, die für das französische Selbstbewußtsein eine so wichtige Bedeutung haben.

Natürlich kann man rückblickend diese Politik und die teilweise schmutzigen Methoden im Kampf mit dem innerpolitischen Gegner kritisch betrachten und die Frage nach Alternativen stellen; dabei sollte jedoch die Orientierung an den Quellen der Maßstab bleiben.

So bleibt abschließend festzustellen, daß S. ein interessantes Werk zur Parlamentsgeschichte vorgelegt hat, das durch ideologische Verkürzungen allerdings erheblich an Glaubwürdigkeit verloren hat.

Henning KÖHLER, Berlin

Walter A. MCDUGALL, *France's Rhineland Diplomacy, 1914–1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe*, Princeton (Princeton University Press) 1978, 420 S.

Unterschiedliche Freigabezeitpunkte der relevanten Archivalien in Deutschland und Frankreich haben dazu geführt, daß langezeit über die deutsche Seite der deutsch-französischen Rheinlandkontroverse im 20. Jh. weitaus mehr veröffentlicht worden ist als über die französische. Nachdem zu Beginn der 1970er Jahre endlich auch wesentliche französische Aktenbestände zur Benutzung freigegeben worden waren, entstanden zunächst begrenzte Einzelstudien wie die von George Soutou. Die hier zu besprechende Arbeit geht weiter: Sie zielt darauf ab, die Rheinlandfrage als den zentralen Punkt im deutsch-französischen Verhältnis über einen längeren Zeitraum hinweg zu untersuchen. Als Zeitgrenzen wählt der Verf. die Jahre 1914 und 1924 – ersteres als das Jahr, in dem die deutsch-französischen Beziehungen erstmals seit 1871 wieder in ein militantes Stadium eintraten, letzteres als das Jahr, in dem diese militante Phase endgültig durch Dawesplan, Beitritt zum Völkerbund und Locarno beendet wurde. Der Schwerpunkt liegt bei den Nachkriegsjahren: eine thematisch mit Fritz Fischers »Griff nach der Weltmacht« vergleichbare Arbeit liefert McDougall nicht – so lohnend und wichtig eine solche Untersuchung der französischen Kriegszieldiskussion auch wäre; hier versprechen die im Titel erscheinenden Zeitgrenzen ein wenig mehr als der Verf. schließlich einlöst.

Umso interessanter ist, was McDougall über die Nachkriegsjahre berichtet. Da er sich ganz überwiegend auf die Akten des französischen Außenministeriums und eine Fülle einschlägiger Nachlässe stützt, kommt ein wenn nicht ganz überraschendes, so doch sehr nuancenreiches Bild zustande. Vor allem der deutsche Leser, der seit Jahrzehnten gewohnt ist, die Rheinlandfrage primär mit deutschen Augen zu sehen, empfängt dadurch anregende Eindrücke: die deutsche Reparationspolitik, die Inflation, der Separatismus und das Konzept eines nur noch lose mit dem Reich föderierten Rheinlandes, sie alle nehmen sich aus französischer Sicht oft überraschend anders aus.

Das erste Nachkriegsjahr war französischerseits durch den Willen gekennzeichnet, den

militärischen auch politische und wirtschaftliche Erfolge hinzuzufügen. Andererseits ließ sich schon frühzeitig erkennen, daß der französische Handlungsspielraum nicht unbegrenzt war. Besonders England und die Vereinigten Staaten sahen sich außerstande, allen französischen Forderungen zu entsprechen, da sie keine allzu ausgeprägte französische Vorherrschaft auf dem Kontinent wünschten. So endete Frankreichs erster Flirt mit dem Separatismus ergebnislos, und auch die französischen Kohlelieferungswünsche erfüllten sich nur teilweise.

Im folgenden Jahr wurde die Rheinlandpolitik der zwei hauptbeteiligten Westmächte im wesentlichen festgelegt. Während Großbritannien gleichsam auf eine Ruhigstellung Deutschlands durch Stützung der Weimarer Republik setzte, wünschte Frankreich ein möglichst dezentralistisch verfaßtes, schwaches Deutschland. Wie sich diese Forderung mit der nach dem Aufbau einer starken, zu großen Reparationszahlungen befähigten deutschen Wirtschaft vereinen ließ, blieb freilich um so unklarer, als französische Industriekreise eher auf eine nichtkonkurrenzfähige deutsche Wirtschaft hofften. Das Jahr 1921 brachte insofern eine Wende, als Briand aufgrund innen- wie außenpolitischer Faktoren mit seiner Rheinlandpolitik scheiterte und auch sein Nachfolger Poincaré erfolglos blieb. In dieser Lage sah sich die französische Regierung vor die Alternative gestellt, entweder mit Großbritannien und Deutschland eine Vertragsrevision zu erarbeiten, oder aber ein eigenständiges Konzept zu entwickeln. Nach langem Zögern wählte man den zweiten Weg und besetzte das Ruhrgebiet. Damit war auch der Separatismus wieder aktuell geworden, doch verbot es sich aus naheliegenden Gründen, dieses Interesse allzu deutlich zu bekunden. McDougalls Kapitel über die Genese der auf dieser Grundüberlegung aufbauenden Ruhrpolitik und über Frankreichs Versuche, sie in den folgenden zwei Jahren durchzusetzen, bilden vielleicht den interessantesten Teil seines Buches. Während er sich für die deutsche Seite auf eine eher knapp gehaltene Skizze beschränkt, entwickelt er ein überaus differenziertes Bild der französischen Separatismuspolitik, das eine Fülle interessanter Details enthält. Entscheidend wurde in dieser Phase die Politik Englands, die von beiden Kontrahenten falsch eingeschätzt wurde: auf deutscher Seite hatte man sich einiges von englischen Interventionen gegen die französische Ruhrpolitik versprochen, während umgekehrt die französische Regierung auf englische Rückendeckung an der Ruhr gehofft hatte. Beide Seiten wurden insofern enttäuscht, als sich die englische Regierung recht passiv verhielt – und damit einen durchschlagenden deutschen wie französischen Erfolg vereitelte. Als sie, über diesen Kurs hinausgehend, im Winter 1923/24 diskrete Maßnahmen zur Stützung der neugeschaffenen Rentenmark ergriff, war das Schicksal der aktiven französischen Rheinlandpolitik im wesentlichen besiegelt, doch hatte sich auch Deutschland keineswegs voll durchgesetzt. Vielmehr bildete sich ein neuer Gleichgewichtszustand heraus, in dem beide Seiten aufeinander angewiesen blieben. Damit war der Grund für die nun folgende Normalisierungsphase gelegt.

Die vorstehend skizzierte Entwicklung wird vom Verf. nüchtern und emotionslos (bei diesem Thema keine Selbstverständlichkeit!) auf der Grundlage von bislang weitgehend unveröffentlichtem Quellenmaterial beschrieben. Er fördert dabei eine Fülle unbekannter Details zutage, rückt aber auch die gängigen Interpretationen in mancher Hinsicht zurecht. Der Verf. bezeichnet sein Buch explizit als diplomatiehistorische Arbeit und demonstriert durch deren Qualität einmal mehr, was dieses Genre historischer Forschung auch in einer Zeit zunehmender Versozialwissenschaftlichung der Historie zu leisten vermag. Andererseits hätte die Arbeit sicherlich gewonnen, wenn etwa die Ansichten der französischen Schwerindustrie über die Ruhrfrage und die entsprechenden Durchsetzungsversuche deutlicher herausgearbeitet und allgemein die unstreitig vorhandenen ökonomischen Aspekte der Rheinlandfrage stärker einbezogen worden wären.

Lothar BURCHARDT, Konstanz